Niederschrift

28. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Oktober 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 10 der Tagesordnung: Nachhaltiges Parkraumkonzept Stadt Karlsruhe
Vorlage: 2026/0582

Punkt 10.1 der Tagesordnung: Nachhaltiges Parkraumkonzept Stadt Karlsruhe: Parkraumkonzept anpassen
Änderungsantrag: CDU
Vorlage: 2026/0582/1

Beschluss:
Verwaltungsvorlage und Ziffer 2 des Änderungsantrages in Planungsausschuss im November 2026 und Gemeinderat im Dezember 2026 verwiesen

Abstimmungsergebnis:
10.1, Ziffer 1 Mehrheitlich abgelehnt (19 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Planungsausschuss am 15. Oktober 2026.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Zunächst vielen Dank an die Verwaltung für dieses sorgfältig ausgearbeitete Konzept. Nach einem langen Prozess mit allen möglichen Beteiligungen verschiedenster Akteure beim Parkraumdialog freuen wir uns, jetzt zum Abschluss zu kommen. Es ist gut und wichtig, einmal zusammenzufassen, was wir beim Thema Parken bereits tun und was wir künftig vorhaben, mit welchen Werkzeugen unser Werkzeugkasten befüllt ist. Das wird die künftige Arbeit deutlich erleichtern.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, nicht alles ist neu. Einige Maßnahmen sind bereits umgesetzt, andere haben wir im Rahmen der Haushaltsberatung gemeinsam beschlossen, wie etwa die Ausweitung des Bewohnerparkens. Uns ist dabei aber klar, dass nicht jeder begeistert sein wird, wenn Parkgebühren auf mehr Flächen erhoben werden oder Kontrollen verschärft werden. Deshalb müssen wir die Gründe dafür gut erklären. Erstens: Es geht um eine bessere Nutzung des vorhandenen Parkraums. Durch Bewirtschaftung entstehen Anreize, private Stellplätze und Parkhäuser stärker zu nutzen, die vielerorts nicht ausgelastet sind. Das schafft im öffentlichen Raum Möglichkeiten für Begrünung und Hitzeschutz und hilft auch denjenigen, die tatsächlich

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

auf einen Parkplatz angewiesen sind, die dann schneller einen finden. Genau deshalb wird eine bessere Parkraumbewirtschaftung von vielen Karlsruher*innen und Akteuren ausdrücklich gewünscht. Zweitens geht es auch um das Thema Fairness. Nur etwa ein Drittel der Haushalte parkt sein PKW im öffentlichen Raum. Die anderen haben entweder keinen PKW oder nutzen private Stellplätze, für die sie häufig bezahlen. Trotzdem tragen auch sie die hohen Kosten für die Bereitstellung öffentlicher Parkflächen mit, die bislang meist kostenlos sind. Drittens geht es bei den Kontrollen eben auch einfach um das Thema Verkehrssicherheit. Dass Sichtfelder freigehalten werden und Rettungswege zugänglich sind, ist eine entscheidende Grundlage für unsere Sicherheit. Entscheidend für die Akzeptanz ist aber auch, dass unser System nachvollziehbar und einfach zu nutzen ist. Dazu gehören schnelle und digitale Verfahren zur Beantragung von Parkausweisen und Sondergenehmigungen. Und natürlich müssen wir bei der konkreten Umsetzung auch auf die besonderen Bedarfe vor Ort achten und werden Kurzzeitparkplätze beispielsweise vor Arztpraxen einrichten. Das gehört aber alles in die jeweiligen Umsetzungskonzepte und muss nicht heute im Detail entschieden werden. Wichtig ist jetzt, dass wir ins Handeln kommen.

Die im Konzept vorgesehene Priorisierung, Stadtteil für Stadtteil vorzugehen und die wichtigsten Maßnahmen umzusetzen, ist dafür der richtige Weg. Dazu gehört unbedingt, die notwendigen Personalstellen dauerhaft abzusichern. Durch die Einnahmen aus dem Gesamtkonzept können wir diese Stellen ohne weiteres refinanzieren. Für kleinteilige Verbesserungsvorschläge sind wir offen und haben auch eigene Vorschläge, die wir gerne im Planungsausschuss diskutieren, aber erst, nachdem wir heute das vollständige Konzept beschlossen haben und dabei auch direkt eben diese Stellenschaffung beschlossen haben.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Parkraumkonzept muss von meiner Fraktion natürlich mit zwei völlig unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Der Punkt 1 ist die Frage, ob wir uns das jetzt im Moment leisten können. Und da sagen wir eindeutig, im Moment keine Personalaufstockungen für diesen Bereich, der für sich genommen natürlich eine Berechtigung hat, aber nicht diese Priorität. Wir haben in unserem Änderungsantrag, der sehr ausführlich begründet ist und so frühzeitig wie möglich auch hier eingereicht wurde, darauf hingewiesen, dass die Schaffung von Wohnraum jetzt höchste Priorität hat. Und da stehen wir ständig vor der Situation, dass Prioritäten im Bereich der Umsetzung von Bebauungsplänen sehr, sehr dürftig nachvollzogen werden und eigentlich wir alle nicht zufrieden sein können, dass wir mit der Umsetzung von unseren Bebauungsplänen so hinterherhinken. Deshalb erscheint es uns absolut vorrangig und wichtig, dass Personalstellen erst einmal im Planungsamt an der richtigen Stelle geschaffen werden, wo Wohneinheiten geschaffen werden. Und dann können wir uns über ein Problem oder über eine Regelung des Parkraumkonzeptes unterhalten.

Wir haben uns, weil wir nicht unbedingt davon ausgehen können, dass die Mehrheit unserem Prioritätsantrag zustimmt, aber auch sehr intensiv mit inhaltlichen Dingen des vorgeschlagenen Parkraumkonzeptes auseinandergesetzt. Da sind sehr viele Details drin, die wir in jedem Falle einbringen wollen, aber wir werden eines sicher nicht akzeptieren, und das ist nämlich nicht richtig, wenn dargestellt wird, dass beispielsweise Bewohnerparken einfach so ein rein technisches Problem ist, das wir dann nach und nach stadtteilbezogen abarbeiten. Es ist in dem bisherigen Konzept ausdrücklich auch vorgesehen, dass man mit diesen Maßnahmen auch Bewohnerinnen und Bewohner vergrämen möchte. Man möchte Verkehr aus der Stadt herausbringen. Und das kann nie und nimmer, wenn man das Gesamtheitliche sieht, unser Interesse sein. Die Stadt Karlsruhe hat, was dieses Thema Parken angeht, einen miserablen Ruf. Wir müssen jetzt

ein Kommunikationskonzept aufbauen, mit dem außenstehende Besucherinnen und Besucher das Gefühl bekommen, wir sind wieder gerne in der Stadt gesehen und kommen deswegen auch gerne, um hier Umsätze zu machen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Das Parkraumkonzept fasst letztendlich viele Einzelmaßnahmen zusammen, und dem Konzeptbeschluss können wir in dieser Form letztendlich auch zustimmen. Die Verknüpfung der CDU mit Themen des Wohnungsbaus können wir so nicht nachvollziehen, kann ich nicht nachvollziehen, aber letztendlich ist es so, dass verschiedene Akteurinnen und Akteure bei dem Parkraumkonzept bei den Einzelmaßnahmen in Aktion treten, und in einem sehr überschaubaren Umfang ist es letztendlich das Stadtplanungsamt und werden Ressourcen des Stadtplanungsamts gebunden. Für uns ist es wichtig, dass die Einzelmaßnahmen kritisch, wenn sie dann zur Umsetzung kommen, auch geprüft werden hinsichtlich der Möglichkeiten. Es wurde das Beispiel des Anwohnerparkens genannt. Da sind sicherlich die Situationen sehr unterschiedlich in den Stadtteilen. Ich kann es nicht nachvollziehen, wie der Kollege Pfannkuch ausgeführt hat, dass Karlsruhe einen schlechten Ruf in Sachen Parken hat. Also, ich halte die Parksituation in Karlsruhe für absolut angemessen, auch die Parkraumangebote.

Und für uns als SPD ist es wichtig, auch das Thema Wirtschaftlichkeit im Blick zu behalten, das heißt Wirtschaftlichkeit, auch was die Stellenbesetzung angeht. Das Beispiel wird im Parkraumkonzept genannt der digitalen Parkraumüberwachung. Hier sehen wir im Sinne des Cashflows auch Möglichkeiten, Geld zu generieren und am Ende des Tages auch die Maßnahmen und gegebenenfalls auch Personalstellen zu refinanzieren, aber wir werden jede Einzelmaßnahme diesbezüglich kritisch prüfen und auch am Ende des Tages hinterfragen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt, der Kollege Klinkhardt hat es ausgeführt, geht es darum, die Maßnahmen in ihrer Gesamtheit zu bewerten oder zu sagen, ja, hier haben wir ein Konzept und das ist die grobe Stoßrichtung. Und am Ende des Tages, wenn es zum Schwur kommt, werden wir uns unserer Verantwortung stellen und letztendlich die Maßnahmen, wie schon gesagt, prüfen. Und das betrifft am Ende des Tages auch die Unterfütterung der Maßnahmen mit Stellen. Und wir müssen dann im Hinblick auf den nächsten Haushalt auch sehen, wo und an welcher Stelle wir Stellen schaffen können und wollen.

Stadtrat Winkler (AfD): Das Parkkonzept der Stadt Karlsruhe sowie die damit verbundenen Maßnahmen sind nicht für alle bürgerfreundlich. Die Erhöhung der Gebühren für das Bewohnerparken stößt auf erhebliche Kritik durch die Ortschaftsräte und Bürgervereine. Aus den Ortschaften wurde uns kritisiert, dass nur mitwirken, jedoch nicht mitentscheiden möglich ist. Die Stadt umgeht hier die Mitentscheidung der Bevölkerung. Im Parkraumkonzept mit seinen 18 Maßnahmen ist viel Inhalt, teils auch Punkte, die sinnvoll sind, doch zentrale Punkte bleiben offen. Die zentralen Gegenargumente vonseiten betroffener Autofahrer, Pendler und des Einzelhandels lassen sich in folgende Punkte unterteilen. Erstens: Mehr finanzielle Belastung der Bürger. Die Gebühren für den Karlsruhe Parkausweis sind von aktuell 360 Euro zum Vergleich von 2020 von 30,70 Euro bis heute fast verzwölffacht. Wir sehen darin eine unverhältnismäßige Zusatzbelastung für die Einwohner in den betroffenen Zonen, und das in Zeiten steigender Lebenshaltenskosten. Trotz der hohen Parkkosten erhalten die Anwohner lediglich die Erlaubnis, in ihrer Zone zu parken. Ein Anspruch auf einen freien oder festen Stellplatz existiert nicht. Zweitens: Fehlende Alternative und offene Detailfragen. Die Grundplanung hat ungelöste Finanzierung und fehlende Ressourcen in den Ämtern. Bei der Vorstellung des Konzepts mit seinen 18 Maßnahmen bleiben Fragen bezüglich konkreter Umsetzung der zeitlichen Abfolge und der Finanzierung völlig offen. Um die 18 Einzelmaßnahmen umzusetzen, werden im Zuge der

Planung vorhandene Stellflächen geopfert. Ausreichende Ausfallflächen sind nicht vorhanden oder müssen errichtet werden, sofern dies in der Planung aufgenommen wird. Die Strategie, parkende Autos von der Straße in Parkhäuser oder Garagenanlagen zu verlagern, ist möglich, aber aus Sicht der klammen Haushaltslage sind bauliche Ausgleiche finanziell bedenklich. Gastronomie und Einzelhandel, Abschaffung verbraucherfreundlicher Tarife: Die konsequente Erhöhung der Parkgebühren an Ticketautomaten schmälert die Attraktivität der Karlsruher City und der Stadtteilzentren. Für die ansässigen Gewerbetreibenden bedeuten diese geplanten Maßnahmen Umsatzeinbußen, da die Kunden für schnelle Erledigungen vermehrt ins Umland oder auf Einkaufszentren ausweichen. Viertens: Wirtschaftsverkehr und Pendler. Wenn das Parken im Zentrum drastisch verdrängt wird, weichen viele Autofahrer auf grenznahe Mischgebiete oder Park-and-Ride-Plätze am Stadtrand aus. Diese Entscheidungen sind getragen von politischen Absichten. Dies führt zu einer Verlagerung des Parkdrucks in die äußeren Stadtteile. Es werden Hürden für Handwerker, Lieferdienste, Pflegedienste und so weiter geschaffen. Die Ausweitung der Bewohnerparkzonen erschwert Dienstleistern und Handwerkern die Parkplatzsuche im öffentlichen Raum, was die Erbringung von Service vor Ort verzögert und verteuert.

Wir, die AfD, wehren uns dagegen, dass Bürger unserer Stadt bevormundet und abkassiert werden, nur weil sie nicht auf ihr Auto verzichten wollen oder können. Wir lehnen das vorliegende Parkraumkonzept ab.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Wir beraten heute ein Parkraumkonzept, das sich schon in der Überschrift nachhaltig nennt. Nachhaltig, in was für einem Sinne eigentlich, ökologisch nachhaltig, sozial nachhaltig, wirtschaftlich nachhaltig? Es ist jedenfalls moralisch aufgeladen, und ich werde den Eindruck nicht los, dass man hier versucht schon zu vermitteln, dass es der einzig richtige Weg ist und alles andere alternativlos ist. Dem ist aber nicht so. Ich sage ganz offen, an diesem Konzept ist schon jetzt so vieles falsch, dass man gar nicht weiß, wo man anfangen soll zu kritisieren. Ja, es gibt sinnvolle Elemente, Förderung E-Mobilität, Ausbau Ladeinfrastruktur, moderne Sharing-Modelle, alles Themen, über die wir hier regelmäßig diskutieren, streiten und aber auch Kompromisse finden. Aber neben diesen positiven Punkten geht es in dieser Vorlage heute in Wahrheit um eines, nämlich darum, den Parkraum zu verknappen, die Gebühren zu erhöhen und das Auto politisch zurückzudrängen. Die Verwaltung schreibt ja selbst in der Vorlage, das Konzept soll einen maßgeblichen Einfluss auf das Mobilitätsverhalten ausüben. Das heißt doch im Klartext nichts anderes, als dass das Auto erzieherisch zurückgedrängt werden soll. Und wir Liberale sagen ganz klar, der Staat ist nicht dein Erziehungsberechtigter, denn Mobilität ist kein moralisches Experiment. Mobilität ist Teil der Lebensrealität der Menschen in dieser Stadt, der Sie eben nicht ausweichen können, der Realität.

Und dann kommen wir zu einem Punkt, der für uns als Liberale natürlich besonders irritierend ist. Es ist diese digitale Parksünderüberwachung durch automatisierte Scan-Cars. Wir haben nachher ja noch ein anderes Thema, wo es um Überwachung geht. Und ich meine, in der Vorberatung gehört zu haben, dass da doch einige unserer Fraktionen hier im Gemeinderat Probleme mit einer Überwachung bei Sicherheits-Hotspots haben, aber bei der Überwachung von Parksündern hat man da keine Bedenken. Das ist schon eine bemerkenswerte Prioritätssetzung, denn diese Scan-Cars sind nach unserer Einschätzung datenschutzrechtlich fragwürdig und den Einstieg in eine flächendeckende Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Wenn wir uns jetzt anschauen in diesem 69-seitigen Konzept, aus was für einer Schmiede das kommt, dann sehen wir da als Quelle immer wieder die Agora-Verkehrswende. Ich stelle jetzt nur fest, ein Think Tank Agora, der öffentlich mit familiären Verbindungen zum damaligen Bundeswirtschaftsminister in

Verbindung gebracht wurde, da muss man sich doch über eine politische Schlagseite dieses Konzepts nicht wirklich wundern. Denn das ist kein ausgewogenes Parkraumkonzept, das ist eins, und das kann man natürlich vorlegen, ein verkehrspolitisches Leitbild aus einer spezifischen Denkschule, die wir nicht teilen. Gleichzeitig verschweigt das Konzept, dass es enorme personelle Ressourcen verschlingen wird. Man will sechs zusätzliche Stellen im Stadtplanungsamt, im Ordnungsamt, im Tiefbauamt, um das überhaupt umzusetzen. Und wir kommen zum Kern, es geht ja eigentlich darum, Einnahmen zu generieren. Und auch das wollen wir hier noch einmal deutlich nennen. Meine Zeit läuft hier leider ab, meine Redezeit.

Wir können das vorliegende Konzept so nicht unterstützen und würden in erster Näherung mit dem CDU-Änderungsantrag mitgehen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Täglich grüßt die Parkraumdiskussion. Die haben wir ja fast noch häufiger als unsere Haushaltsdebatten, schön, dass wir hier beides gemeinsam führen können. Aber umso wichtiger ist es doch, wenn wir jetzt endlich ein Konzept beschließen, damit wir eine Grundlage haben und eben diese Diskussion nicht immer an Einzelpunkten immer wieder aufschließen, sondern eben hier eine Grundlage haben und dass wir dann im Nachgang in Ausschüssen weiterhin auch gerne darüber reden können.

Ich gehe gerne auf ein paar Punkte ein. Wir hatten ja vorhin schon das Thema, wir müssen Wohnraum-B-Pläne priorisieren, und das Konzept steht hier im Wege. Nein, das ist falsch, das dagegen auszuspielen, zumal auch die meisten Wohnraum-B-Pläne, die wir jetzt auch diskutiert haben oder die scheitern, die scheitern ja vor allem auch an der Problematik, dass wir kein Geld für Ausgleichsflächen oder Ähnliches haben. Von daher, hier das auszuspielen, finde ich, geht zu kurz, und am Ende würde es auch die B-Pläne nicht retten, da es dann nicht einfach darum geht, wir brauchen zwei Leute im Planungsamt, sondern ja die Vielzahl der Ämter, die daran betroffen sind. Hier, ja, wir wollen sparen, wir haben Haushaltsprobleme, aber diese Stellen, die wir hier ja schaffen würden, denen stehen ja direkte Einnahmen dagegen. Also, dieses Konzept, gerade mit einer besseren Parkraumverfolgung und letztlich einer faireren Aufteilung des öffentlichen Raums, hat ja auch Einnahmen, die da entgegenstehen. Es ist also nicht hier, dass wir da Geld rauswerfen für Dinge, sondern es ist die Möglichkeit, hier auch Einnahmen zu generieren, was ja auch Teil unserer Haushaltssicherungskonzepte der letzten Jahre war und sicherlich auch noch weiterhin sein wird. Hier geht es nicht einfach nur um Parkraum, sondern eben um die Verteilung des öffentlichen Raums. Und das ist, neben dem Wohnraum in Städten, eines der drängendsten Probleme, gerade in Städten wie Karlsruhe, die die letzten Jahrzehnte vor allem autozentrisch geplant und gebaut werden. Wir müssen hier die Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen. Und ja, das bedeutet, auch weniger Verkehr in der Innenstadt vor allem zu haben, was aber auch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bevorzugt. Ja, Mobilität ist etwas Generelles, aber Mobilität, nicht Auto fahren. Es gibt viele verschiedene Mobilitätsformen, und es gibt auch genügend Menschen, die nicht Auto fahren können, zum Beispiel zu jung, vielleicht auch irgendwann zu alt, wo man es nicht mehr schafft, andere Einschränkungen oder auch schlichtweg es sich nicht leisten können, Auto zu fahren, weil die Spritpreise sind ja auch bekannt. Daneben gibt es ja auch die Anschaffung des Autos, die nicht gerade dünn ist.

Ja, spannend finde ich auch im CDU-Antrag, auf der einen Seite, Stellenschaffung ist böse, aber Bewohnerparken bitte nur, wenn es auch kontrolliert wird. Und da bin ich dafür, wir müssen Bewohnerparken, generell Parkregelungen dann auch durchführen können, aber das geht auch nur mit Konzept, mit Aufwand, zum Beispiel Scan-Cars, für die wir aber auch diesen Antrag als

Konzept benötigen. Und Scan-Cars kontrollieren übrigens Nummernschilder von Autos, Videoüberwachung von Menschen ist ein massiver Unterschied. Aber dass manche Fraktionen das Recht des Autos über das Recht der Menschen stellen, ist jetzt auch nicht unbedingt verwunderlich. Damit sind wir ja auch kurz vor Ende. Kurz gesagt, den Änderungsantrag der CDU beraten wir gerne noch einmal im Ausschuss vor. Den Hauptantrag müssen wir heute beschließen, damit wir ein Konzept haben, damit wir dann weiter diskutieren können.

Stadtrat Haug (KAL): Der öffentliche Raum ist ein knappes Gut mit vielfältigen Nutzungskonflikten. Mit dem Parkraumkonzept hat die Stadtverwaltung nun die entsprechenden Werkzeuge, diesen Konflikten zu begegnen. So können Flächen zwischen Auto, Fahrrad und zu Fuß Gehenden bedarfsgerecht zugeteilt werden. Uns als Karlsruher Liste ist es wichtig, dabei die Chance zu nutzen und den einen oder anderen Baum zusätzlich unterzubringen. Stadtgrün braucht einen angemessenen Teil am öffentlichen Raum. Wir wissen aus vielen Maßnahmen der Vergangenheit, dass ein möglicher Wegfall von Parkflächen für den Autoverkehr hitzige Diskussionen nach sich ziehen kann. Umso wichtiger ist es, die Maßnahmen im Vorfeld in den Quartieren abzustimmen, die bestmögliche, eben bedarfsgerechte Aufteilung der Flächen sicherzustellen. Folgerichtig wurde in dem Projekt Kommunikationsstrategie und Sensibilisierungsmaßnahmen in dem Konzept eine neue Priorität eingeräumt. Die KAL wird darauf achten, dass die geplanten Maßnahmen frühzeitig und transparent kommuniziert werden. Auch die Ausgestaltung des Bewohnerparkplatzes wird priorisiert. Dabei sind die Kriterien in den Innenstadtbereichen im Blick. Aber es muss sichergestellt sein, dass die Anwohner auch Chancen auf einen Parkplatz haben und die freien Parkplätze konsequent kontrolliert werden. Wir regen zudem an, dass die Flächen, die für das Bewohnerparken ab 18:00 Uhr reserviert sind, tagsüber für freie Parker mit Parkschein bewirtschaftet werden. Ansonsten finden die Anwohner tagsüber kaum einen Platz und zumeist auch nach 18:00 Uhr nicht, da freie Parker gratis über diese Zeit hinaus den bezahlten Bewohnerparkplatz blockieren. Aber die Digitalisierung des Parkraums ist eine wichtige Maßnahme, da sie die Grundvoraussetzung für eine digitale Parkraumkontrolle ist. Die Priorisierung des freien Parkens ist zentral, insbesondere die mögliche Kombination, um die Maßnahmen zu schaffen, von Sichtfeldern an Knotenpunkten und Querungsstellen. Wir wollen in unserem Antrag den letzten Parkplatzfragen … für das Folgeparken auszuweisen. Das verbessert auch die Sicht für den Kreuzungsbereich. Wir freuen uns, dass dem Stadtrat dieser Instrumentenkoffer zur Verfügung steht. Die Karlsruher Liste stimmt der Verwaltungsvorlage gerne zu.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Es waren eine ganze Menge Ziele angegeben, zum Beispiel sozial gerecht, klimaangepasst, sicherer Lebensraum und so weiter. Ich kann mir das leisten als Kleiner, der Kleinste hier in diesem Hause, sozusagen mich nur dem sozialen Aspekt zuzuwenden. Ich halte dieses Konzept für nicht sozial gerecht. Wenn ich sehe, dass zum Beispiel das Anwohnerparken ausgedehnt werden soll, dann frage ich mich: Wo geschieht das? Das geschieht dort, wo Parkdruck da ist. Wo ist das da? In den hochverdichteten Innenstadtbezirken, zum Beispiel die Südstadt. Und genau dort wohnen nämlich die Menschen, die nicht so viel Geld haben, die nicht die hohen Gehälter verdienen - die Wohlhabenden wohnen ein bisschen weiter draußen, die haben keinen Parkdruck –, aber die werden zur Kasse gebeten. Die müssen jetzt 360 Euro bezahlen. Ich frage mich: Ist das nicht eine unzulässige Zumutung für diese Menschen, gerade in der Südstadt, das denen zuzumuten und ihnen es abzuverlangen? Ist es gerecht, wenn die außerhalb das nicht tun müssen? Also von der Seite stelle ich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Sie bezahlen letztlich diese Stellen. Es wird immer wieder gesagt, wir haben ja die entsprechenden Einnahmen, aber genau diese Menschen, die sozial Probleme haben, finanzielle Probleme haben, die bezahlen doch auch die Stellen. Das halte ich für nicht ausgewogen. Und über

das hinaus frage ich mich natürlich schon als Stadt: Was sagen die Menschen in unserer Stadt draußen? Wir stellen sechs Personen für diese Aufgabe, für das Parken, an, aber wir kriegen andere Probleme, wie zum Beispiel die Demenzen zu bewirtschaften, nicht ordentlich hin. Das ist zwar vielleicht ein weiterer Weg, den ich jetzt gegangen bin, aber die Menschen sehen die Gesamtproblematik der Stadt. Deswegen halte ich es für unangemessen hier, diese Betonung dieser Aufgabe des Parkens. In diesem Konzept ist nicht alles schlecht. Ich könnte vieles Gutes auch benennen, aber das ist eine große Schwäche an dieser Stelle. Und deswegen werde ich an dieser Stelle das Konzept ablehnen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, noch vielleicht ein paar Bemerkungen von mir. Wir haben uns, glaube ich, schon während der Haushaltsberatung darauf verständigt, dass wir uns in einer Parkkonzeption noch einmal vor allem mit den Nachbarstadtteilen zu den schon bewirtschafteten Innenstadtteilen beschäftigen. Und es ist nicht so, dass die Menschen das dort nicht wollen, sondern immer da, wo die Grenze ist zwischen bewirtschaftetem und unbewirtschaftetem Bereich, gibt es den starken Wunsch der anschließenden Bürgerinnen und Bürger, doch auch hier Anwohnerparken und eine Regulierung einzuführen, weil sie natürlich erleben, dass dann die, die nur zum Shoppen oder so in die Stadt kommen, genau immer eine Straße weiter versuchen zu parken, als es irgendwie noch einer Bewirtschaftung obliegt.

Und Herr Stadtrat Kalmbach, ich bin ja bei Ihnen, dass das so sein mag, aber dafür hat jemand, der in der Südstadt wohnt, auch andere große Vorteile. Er kann eigentlich 95 Prozent seiner Wege auch ohne Auto gut zurücklegen. Dafür ist halt in der Stadt manches teurer, manches ist außerhalb der Stadt günstiger, aber er muss dafür wiederum andere Aufwendungen in Kauf nehmen. Also, das Thema „sozial“ kann man gerne einmal mit allen Differenzen diskutieren, und da kommen wir, glaube ich, zu dann doch ähnlichen Gesamtbetrachtungen. Das Anwohnerparken ist von 30 auf 360 Euro gesteigert worden. Die 360 Euro fallen aber nicht vom Himmel, sondern sie sind ein berechtigter Ausgleich für das Privileg, das jemand hat. Und dieses Privileg konnten wir die ganze Zeit nicht in Rechnung stellen, weil uns die Bundesgesetzgebung das nicht erlaubt hat. Und das hat dann zu diesem Sprung geführt, Herr Stadtrat Winkler, der erst einmal im ersten Moment komisch ist, der aber, glaube ich, sich gut erklären lässt. Dass Parkhäuser als Ziel angepeilt werden sollen, das scheint zu funktionieren. Insofern kann ich auch die Bemerkung, wir seien sozusagen für alle Umlandgemeinden das Grauen, wenn man in die Stadt fährt... Wenn ich mir dann die langen Schlangen vor den Parkhäusern angucke, merke ich, dass es funktioniert, die Menschen in die Parkhäuser zu motivieren. Spannenderweise sind mitunter 200 Meter mehr zu einem Parkhaus, wo man nicht in einer Schlange steht, dann doch ein bisschen viel für die Menschen, aber ich sehe doch, dass diese Grundsatzstrategie funktioniert. Und es geht am Ende wirklich um eine sozusagen Verteilung der Interessen so, dass am Ende alle zu ihrem Zug kommen. Und ich bin immer sehr dankbar, dass wir es in Karlsruhe doch hinbekommen, für die, die es mit dem Auto unbedingt machen müssen, am Ende auch die Zugänglichkeit zu erreichen. Es gibt nur ganz wenige Bereiche, wo das nicht möglich ist. Wir können es aber nicht für alle die zulassen, die Alternativen hätten. Und für die, für die wir es zulassen, müssen wir ein Stück weit auch diese Privilegierung uns auszahlen lassen. Und genau so funktioniert ja auch unsere Verteilung zwischen den Parkkosten im öffentlichen Raum auf der Straße und die Parkkosten dann gegebenenfalls in den Parkhäusern. Insofern kann ich auch viele Aspekte, die im CDU-Antrag stehen, hundertprozentig nachvollziehen. Wir haben ja auch bei vielen Punkten geschrieben, dass wir eigentlich der Meinung sind, dass das als erledigt zu betrachten ist beziehungsweise wir gerne das zur Kenntnis nehmen.

Und Herr Stadtrat Winkler, es gibt Handwerkerparkausweise, die ihnen weitestgehend freies Parken in der ganzen Technologie ermöglichen. Es gibt ein paar Berufsgruppen, da ist das noch kritisch. Da bin ich ganz bei Ihnen. Pflegedienst und Ähnliches haben da noch Ihre Probleme, aber ansonsten sind wir ja auch an der Stelle eigentlich auf einem guten Weg, hier auch die Versorgung sicherzustellen. Park-and-Ride-Plätze, wie im CDU-Antrag auch ausgeführt, wir machen zumindest an den Adventssamstagen immer die Erfahrung, dass die Park-and-Ride-Plätze nicht angenommen werden, sondern die Leute trotzdem mitten in die Stadt fahren, weil sie davon ausgehen, sie kriegen dann doch noch ein Angebot. Das heißt, wenn wir die Park-and-Ride-Plätze attraktiver machen wollten, müssten wir noch rigoroser in der Innenstadt vorgehen. Das ist, glaube ich, nicht das, was Sie sich bei Ihrem Vorschlag wünschen.

Ich habe jetzt ein bisschen die Frage noch einmal an die CDU, wie wir damit umgehen sollen mit Ihrem Antrag. Bei Ziffer 1 würden wir die Ablehnung empfehlen. Bei der Ziffer 2 würden wir vieles als erledigt betrachten, einiges zur Kenntnis nehmen. Bei zwei Punkten würden wir Ihnen die Ablehnung empfehlen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass wir diese Punkte weiter zur Beratung dann in die konkreten quartiersbezogenen Umsetzungskonzepte nehmen, denn die Ziffer 2 unserer Beschlussvorlage sagt ja, dass das die Arbeitsgrundlage sein soll für quartiersbezogene Umsetzungskonzepte. Und das ist dann das, was wir auch in den einzelnen Ortschaftsräten natürlich nicht nur anhören, sondern was wir auch dort zur Diskussion stellen. Deswegen haben wir uns bei den Ortschaftsräten-Ratssitzungen mit einer Anhörung beschränkt, weil die eigentlichen konkreten Umsetzungskonzepte ja erst noch folgen. Und natürlich werden Sie dann dort auch noch einmal beschlussmäßig stärker einbezogen werden, noch einmal deswegen die Frage an Sie.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir hatten es ja vorhin schon, der Kollege Pfannkuch hat es ja schon angedeutet. Wir würden gerne auf jeden Fall den Punkt 1 abstimmen, weil wir das, entgegen dem, was der ein oder andere gesagt hat, schon verknüpfen, denn wir haben zu wenig Stellen in der Stadt Karlsruhe. Wir würden da schon eine andere Priorität sehen. Deswegen würden wir es gerne zurückstellen. Da wir aber wissen, und auch schon vor den Wortbeiträgen, die heute da waren, wie wahrscheinlich das hier ausgeht, und wir jetzt nicht sagen, es ist ein völliger Blödsinn, ein Parkraumkonzept hier zu machen, würden wir dann, wenn es abgelehnt wird, gern trotzdem die Einzelabstimmung der einzelnen Punkte fordern. Denn das ist für uns schon klar, wenn dann die alle abgelehnt werden, ja, dann hat dieses Parkraumkonzept nicht mehr das, was wir uns da vorstellen. Da sind schon viele Punkte da. Dass man diese Punkte dann auch weiter berät, das ist vollkommen klar. Aber das sollte schon mit aufgenommen werden, ja, da wir schon der Meinung sind, hier ist das ein oder andere liegt hier schon im Argen. Ich möchte gerade auf eines noch eingehen. Zum Beispiel, Sie haben die Park- und Ride-Plätze genannt, explizit das wurde uns zum Beispiel von Bewohnerinnen und Bewohnern aus den Bergdörfern angeraten, dass dies ganz wichtig ist, um dies entsprechend auch zu fördern. Und das würden wir gerne machen. Und dann würden wir gerne, je nachdem auch, was dann da herauskommt. Wenn die Mehrheit auch gleich sagt, sie würden alle Punkte von uns ablehnen, dann können wir es auch zusammen abstimmen, und dann lehnen wir das ab, danke schön. Gut, dann gehen wir jetzt durch die einzelnen Punkte.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Lieber Kollege Hofmann, ich weiß nicht, ob Ihnen da so wirklich mit gedient ist, wenn wir jetzt von dem Punkt 2 wirklich alles Zeile für Zeile durchgehen. Von daher wäre es wahrscheinlich einfacher, für alle ein pauschales Urteil darüber zu fällen in der Abstimmung gleich, aber damit wäre Ihnen vielleicht ja auch nicht so weit gedient. Ich glaube, es

macht dann doch an der Stelle Sinn, den zweiten Punkt einfach noch einmal in die Ausschussberatung grundsätzlich mitzugehen und es dann in Abwägung mit der ursprünglichen Formulierung im Parkraumkonzept dann eben auch noch einmal zu betrachten und danach zu gucken, welche konkrete Maßnahme dann noch offen ist, um dann eben auch nach einer vernünftigen Vorberatung darüber meinetwegen auch einzeln entscheiden zu können. An der Stelle ist es jetzt eine Liste von etwa zehn Punkten, die sicherlich noch nicht alle überblicken konnten. Das macht dann wahrscheinlich wenig Sinn, das einzeln abzustimmen. Aber das noch einmal in die Ausschüsse zu geben, sich intensiv damit zu befassen und danach, ob einzeln oder gesamt, in eine Abstimmung zu gehen, ich glaube, damit kann man leben.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion hat auch den Wunsch, dass wir den gesamten Antrag der CDU in den Fachausschuss rübernehmen und jetzt nicht einzeln irgendwelche Punkte abstimmen. Wir sind der Meinung, dass es noch nicht abschließend vorberaten ist, und wir wünschen einfach im zuständigen Ausschuss eine qualifizierte Vorberatung für den gesamten Gemeinderat, für alle Fraktionen.

Der Vorsitzende: Also, ich würde auch vorschlagen, die Ziffer 1 abzustimmen, da bin ich ganz bei Ihnen. Und ich glaube, dass die Verwaltung eben auch bei etwa 80 Prozent aus der Ziffer 2 ein positives Angebot machen kann. Und das müssten wir jetzt aber ausdiskutieren in den einzelnen Punkten, wo da die jeweiligen Linien liegen. Auch das Park-and-Ride, ich wollte nicht dagegensprechen, dass wir Park-and-Ride-Plätze weiter ausweisen, im Gegenteil. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir da nicht automatisch bisher die Entlastungseffekte für die Innenstadt haben, wie wir sie uns wünschen würden, und das muss man mal miteinander differenziert betrachten. Insofern kann ich mich dem Vorschlag zur Vorberatung und wirklich einer ernsthaften Auseinandersetzung nur anschließen, nicht, weil wir es hier wegdrücken wollen. Das steht ja auch in unserer Stellungnahme drin, wir haben ja nicht gesagt, lehnt alles ab, sondern da würden wir so bei zweieinhalb Punkten sagen, das würden wir so nicht akzeptieren können. Bei allem anderen können wir uns gerne auf die entsprechende Berücksichtigung auch in diesen quartiersbezogenen Konzepten sicherlich aufeinander einlassen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir würden dann vorschlagen, dass wir jetzt die Pause machen und dann zur Abstimmung nach der Pause kommen.

Der Vorsitzende: Okay.

Stadtrat Schnell (AfD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, also, was mir nicht ganz einleuchtet, angenommen, wir stimmen jetzt über den Punkt 1 ab, er wird abgelehnt, das bedeutet ja dann quasi, dass das Konzept der Stadt, wie vorliegend, angenommen wird. Und dann sagen wir, nein, das gilt jetzt aber doch nicht. Wir haben jetzt noch die ganzen anderen Punkte, die wir dann im Ausschuss beraten. Also dann können wir auch gleich darauf verzichten, jetzt dieses Parkraumkonzept, wie es von der Stadt vorliegt, zu verabschieden, sondern dann sollte das Ganze in den Ausschuss. Das ist nicht logisch.

Der Vorsitzende: Also, die Ziffer 1 des CDU-Antrags ist eine grundsätzlich andere Schwerpunktsetzung bei unserem Einsatz der Personalressourcen. Und wenn Sie den annehmen, brauche ich das weitere Parkraumkonzept eigentlich gar nicht mehr zu bearbeiten, weil ich mich dann nur noch um Bebauungspläne kümmere. Insofern wäre das sozusagen ein Stopp der weiteren Konzeptionen. Und darüber müssen wir heute entscheiden, denn sonst beauftragen Sie uns mit der

Beschlussvorlage, diese quartiersbezogenen Konzepte auszuarbeiten. Alles, was unter Ziffer 2 steht, ist für mich etwas, was man bei den quartiersbezogenen Konzepten dann jeweils noch einmal reflektieren muss: Ist das ausreichend berücksichtigt? Ist das nicht berücksichtigt? Es gibt Themen wie die Kontrolle. Da gibt es unterschiedliche Meinungen dazu. Ich bin auch der Meinung, wir müssen es dann kontrollieren, schon um der Anwohner wegen. Sie sagen, aber bitte nicht mit Scannen, weil das ist wieder gegen Datenschutz. Das sehe ich nicht so, denn sonst könnte man es ja in anderen Städten nicht schon machen. Irgendein Schlauer hätte es schon sonst beklagt, aber das ist am Ende auch eine politische Einschätzung und nicht nur eine juristische. Da können wir uns dann bei gegebener Zeit drüber unterhalten. Und insofern wäre ich dankbar, wenn man das jetzt nicht hier mit knappen Mehrheiten oder Ablehnungen, diese einzelnen Punkte, jetzt völlig weg kickt, sondern wir müssen sie bei den einzelnen Quartiersthemen sowieso diskutieren. Und deswegen ist es für mich schon ein Unterschied, Herr Stadtrat Schnell, dass wir die Ziffer 1 heute brauchen zur Abstimmung, und alles andere ist für mich eine Fachdiskussion, wo ich sehr viele Ansätze bei Ihnen sehe, die unserer Konzeptionsidee eigentlich gar nicht widersprechen. Sie nehmen es etwas anders wahr, das ist ja auch okay, aber der Antragsteller, die Antragstellerin soll entscheiden. Jetzt machen wir erst mal eine Pause bis fünf nach halb. Ich verkürze die etwas, weil wir damit vielleicht den Zeitvorteil, den wir heute schon haben, nach hinten weiter durchreichen können. Um fünf nach halb treffen wir uns hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:17 Uhr bis 17:35 Uhr)

Der Vorsitzende: Wir wollen den Tagesordnungspunkt 10 weiterführen. Ich schlage Ihnen folgendes Verfahren vor: Die Ziffer 1 des CDU-Antrags, die ja quasi ein Stopp des Projektes impliziert, weil wir die entsprechenden Stellenvoraussetzungen für die Umsetzung des Parkraumkonzepts nicht schaffen, die würden wir jetzt heute abstimmen. Und dann würde ich die Beschlussvorlage und die unter Ziffer 2 des CDU-Antrags gemachten Ausführungen noch einmal zur Vorberatung in den Planungsausschuss geben. Das bedeutet aber, dass wir natürlich an der weiteren Umsetzung des Parkraumkonzeptes weiterarbeiten, was die Stellen betrifft, die eingerichtet werden sollen, und was auch die Vorbereitung der quartiersbezogenen Parkraumkonzepte betrifft, sodass dann im November noch einmal im Planungsausschuss darüber diskutiert wird und, wenn ich die Zeitachse richtig kenne, in der Dezember-Sitzung noch einmal abschließend das Parkraumkonzept zur Abstimmung steht, was sich dann vor allem mit der Schwerpunktsetzung der Instrumente und nicht mit dem Parkraumkonzept insgesamt beschäftigt. So würde ich Ihnen das jetzt vorschlagen. Wenn wir das im Sinne des Einvernehmens so klären könnten, wäre ich sehr dankbar und wir jetzt keine Abstimmung nach Geschäftsordnung oder sonst etwas kriegen.

Damit rufe ich auf die Ziffer 1 des Änderungsantrags der CDU und bitte um ihr Votum ab jetzt. – Eine mehrheitliche Ablehnung. Ja, Frau Schütz, ja, also es ist nicht 27 zu 18, sondern 26 zu 19, alles richtig. Nur noch einmal für das Protokoll, es ist damit geklärt, wunderbar. Damit vertage ich noch einmal unsere Beschlussvorlage und die Ziffer 2 des CDU-Antrags in den Planungsausschuss. Ich erkläre gleichzeitig noch einmal, die Stellen können jetzt weiter besetzt beziehungsweise vorbereitet werden. An der quartiersbezogenen Umsetzung wird jetzt weitergearbeitet und das abschließende Priorisieren und auch die Auswahl der Instrumente, das wird dann im Dezember im Gemeinderat noch einmal nach Vorberatung im Planungsausschuss dann hier zur Abstimmung gestellt, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
26. Oktober 2026